

06.10.2016

Niederschrift 003/2016

Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben

am 14.09.2016 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Sandra Heinrichsen

Kreistagmitglieder SPD

Frau Brigitte Cziehso

Herr Bernd Engelhardt

Vertretung für Herrn Heinz Steffen

Herr Norbert Enters

Frau Ursula Lindstedt

Herr Theodor Rieke

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Jens Schmülling

Herr Herbert Ziegenbein

Kreistagmitglieder CDU

Herr Günter Bremerich

Vertretung für Herrn Helmut Krause

Frau Claudia Gebhard

Vertretung für Herrn Wilfried Feldmann

Herr Olaf Lauschner

Frau Elke Middendorf

Vertretung für Herrn Wilhelm Jasperneite

Frau Gabriele Richter

Herr Carl Schulz-Gahmen

Vertretung für Herrn Paul-Heinz Kranemann

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Schneider

Vertretung für Herrn Herbert Goldmann

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Werner Sell

Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Helmut Rosenkranz

Kreistagmitglieder FDP

Herr Michael Klostermann

Zuhörer im Nichtöffentlichen Teil

Herr Olaf Steuber, Leiter Rechnungsprüfungsangelegenheiten

Frau Manuela Sauer-Dora, Rechnungsprüfungsangelegenheiten

Herr Guido Ponto, Sachgebietsleiter

Herr Christian Roß, Kreistagmitglied

Frau Stephanie Schmidt, Kreistagmitglied

Verwaltung

Herr Dr. Thomas Wilk, Kreisdirektor

Herr Dr. Detlef Timpe, Dezernent

Frau Sabine Leiß, Stabsstellenleiterin

Herr Heinz Appel, Fachdienstleiter

Frau Ingelore Klemp, Schriftführerin

Frau Heinrichsen begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 01.09.2016 verschickt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 2 | 088/16 | Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2016 |
| Punkt 3 | 082/16 | Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH und der Westfalentarif GmbH |
| Punkt 4 | 064/16 | Neue VKU-Finanzierung / Refinanzierungsvereinbarung |
| Punkt 5 | 105/16 | Sachstandsbericht über die Weiterentwicklung des MVA Hamm-Verbundes; Anpassung der Beteiligungsstruktur sowie der Gesellschaftsverträge der MVA Hamm Eigentümer GmbH und der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH |
| Punkt 6 | 094/16 | Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen in der Trägerschaft der Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie des Kreises Unna |
| Punkt 7 | 073/16 | Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung in der Kriegsopferversorgung und in der Unterhaltssicherung (USG) |

- Punkt 8** 100/16 Errichtung der "Stiftung Friesendorf"
- Punkt 9** 109/16 Ausarbeitung eines Public Corporate Governance Kodex (PCGK) für die Beteiligungen des Kreises Unna;
Antrag der Linksfraktion vom 11.08.2016
- Punkt 10** Berichterstattung durch die Geschäftsführer der wesentlichen Beteiligungen des Kreises Unna im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben;
Festlegung von Terminen, Abläufen und Inhalten;
mündlicher Bericht
- Punkt 11** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

- Punkt 12** 114/16 Neubau der Sporthalle am Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg in Werne;
Vergabe des Auftrags über die Rohbauarbeiten
- Punkt 13** 115/16 Neubau der Sporthalle am Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg in Werne;
Vergabe des Auftrags über Erdarbeiten
- Punkt 14** 112/16 Deckenerneuerung im Zuge der K35 Vinning, Unna;
Vergabe des Auftrags
- Punkt 15** 113/16 Lieferung eines Unimog mit Geräteträger;
Vergabe des Auftrags
- Punkt 16** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

Punkt 2 088/16 Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2016

Erörterung

Herr Dr. Wilk teilt mit, dass gestern die Eckdaten für den Haushalt 2017 vorgestellt worden seien. Nach der Prognose für das Jahresergebnis rechne man mit einer Verbesserung von rund 6,5 Mio. Euro. Da für das Jahr 2016 ein fiktiver Ausgleich geplant worden sei, müsse die Ausgleichsrücklage in Höhe von 2,3 Mio. Euro, die auf den Jahresabschluss 2015 zurückgehe, abgezogen werden. Sollte sich das fortsetzen, erwarte man ein verbessertes Jahresergebnis in Höhe von rund 4,2 Mio. Euro. Die positive Entwicklung sei auch auf den Sondereffekt, der durch den Kreis nicht abgerufenen Gewinnausschüttung der VBU, zurückzuführen. Nach Abschluss der steuerlichen Prüfung mache das einen Betrag zwischen 3,4 und 3,5 Mio. Euro, nach Abzug der Kapitalertragssteuer, aus. Er geht insbesondere auf die positive Entwicklung im Budget 50 Arbeit und Soziales, die Kosten der Unterkunft ein. Nach aktuellen Einschätzungen gehe man mit Stand 31.08.2016 davon aus, lediglich rund 92 Mio. Euro brutto zu benötigen, der Haushaltsansatz für 2016 belaufe sich auf 96,6 Mio. Euro. Ein weiterer Effekt ergebe sich aus den Mehrerträgen bei den Bußgeldern. Zurzeit rechne man mit rund 1,1 Mio. Euro Mehrerträgen, die sich aus den vorwiegend stationären Geschwindigkeitsüberwachungen (vor allem A 2 zwischen Lünen und Bergkamen, Fahrtrichtung Hannover sowie Südteil Ruhrtalstraße in Schwerte) ergäben. Im Übrigen verweist Herr Dr. Wilk auf den Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2016.

Die Drucksache 088/16 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 3 082/16 Gründung der Tarifgemeinschaft Münsterland/Ruhr-Lippe GmbH und der Westfalentarif GmbH

Erörterung

Frau Cziehso erklärt, dass aufgrund des komplexen Sachverhaltes in ihrer Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe und sie bitte deshalb heute nicht darüber zu entscheiden, sondern im Kreisausschuss und Kreistag.

Dieser Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich zur Entscheidung in den Kreisausschuss und Kreistag geschoben.

Punkt 4 064/16 Neue VKU-Finanzierung / Refinanzierungsvereinbarung

Erörterung

Frau Leiße erläutert ausführlich anhand einer Folienpräsentation (siehe Anlage) die neue VKU-Finanzierung.

Herr Bremerich erklärt, dass es im Sinne Aller sei, die sehr unübersichtliche Finanzierung in eine verständliche und einfache Art der Finanzierung mit einheitlichen und gerechten Abrechnungsmodalitäten umzuwandeln, um dem Grundprinzip der 50:50-Verteilung wieder gerecht zu werden.

Frau Leiße führt aus, dass sie bereits darauf hingewiesen habe, dass in Schwerte der ÖPNV qualitativ nicht so gut ausgestaltet sei wie in den restlichen Kommunen. Die Stadt Schwerte habe einen Beschlussvorschlag für eine Sondervereinbarung formuliert. Nach entsprechender Prüfung durch den Kreis gebe es inhaltlich keinen Dissens und sei auch rechtlich möglich. Man sei jetzt in Gesprächen mit der Stadt Schwerte, um das auf den Weg zu bringen.

Frau Cziehso äußert, dass sie diesen Ausschuss nicht für den richtigen halte, um dazu Detailfragen zu diskutieren, es sei denn, sie hätten finanzielle Auswirkungen, die von Frau Leiße verneint werden. Im Übrigen schließe sie sich dem Statement des Herrn Bremerich an. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die jahrelange, mit vielen Kontroversen verbundene Arbeit zu diesem Thema.

Herr Klostermann bedankt sich bei Frau Leiße für die schlüssigen Ausführungen. Seiner Fraktion lägen aus den FDP-Fraktionen der Städte und Gemeinden des Kreises keine Einwände gegen ein solches Finanzierungsmodell vor. Insofern erteile die FDP-Fraktion ihre Zustimmung.

Herr Ziegenbein verdeutlicht nochmals die Finanzierungssituation des ÖPNV-Verkehrs in Fröndenberg. Die Stadt Fröndenberg wirke darauf hin, bezüglich der Finanzierung über eine differenzierte Kreisumlage nachzudenken. Er weist darauf hin, dass die VKU in Fröndenberg nicht verkehre und nur die Standards durch Subunternehmen bedient würden. Bei einem Vergleich der Leistungen der VKU in den übrigen Städten und Gemeinden des Kreises hänge die Stadt Fröndenberg weit hinterher. Das sei ein bekanntes Problem. Er appelliert an die Verwaltung, genauso wie die Stadt Fröndenberg, in Bezug auf die Finanzierung über die Möglichkeit einer differenzierten Kreisumlage nachzudenken.

Herr Sell erklärt, dass seine Fraktion sich fraktionsübergreifend mit diesem Thema beschäftigt habe und ebenfalls dem neuen Finanzierungsmodell zustimme.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:
Zur Finanzierung der Ausgleichsleistungen für die von der VKU erbrachten Verkehrsdienste im Kreis Unna wird der Landrat beauftragt, die der DS 064/16 als Anlage 1 beigefügte Refinanzierungsvereinbarung zwischen dem Kreis Unna sowie den Städten und Gemeinden abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 5 105/16 Sachstandsbericht über die Weiterentwicklung des MVA Hamm-Verbundes;
Anpassung der participationsstruktur sowie der Gesellschaftsverträge der
MVA Hamm Eigentümer GmbH und der MHB Hamm Betriebsführungsgesellschaft mbH**

Erörterung

Herr Dr. Wilk erläutert die Drucksache 105/16.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Erhöhung des Anteils der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU) an der MVA Hamm Eigentümer GmbH (MVA E) von derzeit 16,26 % auf 31,95 % und des Anteils an der MHB Betriebsführungsgesellschaft mbH (MHB) von derzeit 1 % auf 31,95 % wird zugestimmt.

2. Den in der Anlage dargestellten Anpassungen der Gesellschaftsverträge der MVA E und der MHB wird zugestimmt. Gleichzeitig wird bereits jetzt Änderungen zugestimmt, die ggf. noch im Rahmen des kommunalaufsichtlichen Anzeigeverfahrens oder der notariellen Beurkundung erforderlich werden, solange diese die wesentlichen Regelungen der Gesellschaftsverträge nicht verändern.
3. Der Beendigung der Beteiligung der VBU an der MVA Hamm Betreiber GmbH und der MVA Hamm Betreiber Holding GmbH ab dem 01.01.2018 wird zugestimmt.

Den Vertretern des Kreises Unna in den Gremien der VBU und der betroffenen Tochtergesellschaften wird empfohlen, die erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 6 094/16 Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen in der Trägerschaft der Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie des Kreises Unna

Erörterung

Herr Dr. Wilk erläutert die Hintergründe für die Gründung einer AöR mit den Gemeinden Bönen und Holzwickede und weist darauf hin, dass die beteiligten Gemeinden bereits im Juni 2016 entsprechende Ratsbeschlüsse gefasst hätten. Im Übrigen verweist er auf die Drucksache 094/16 und erklärt, dass man sich durch diese Vorgehensweise eine ganze Reihe von Vorteilen verspreche, unter anderem eine entsprechende Gebührensenkung, schon deshalb, weil man in vielen Fällen durch den Wegfall von Drittbeauftragungen auf die bisher fällige Umsatzsteuer verzichten könne. Man gehe davon, dass sich die gebührenrelevanten Sammelkosten in Bönen und Holzwickede um rund zehn Prozent reduzieren lassen. Darüber hinaus sei nicht ausgeschlossen, wenn sich nach Errichtung der AöR weitere Kommunen des Kreises für eine Kooperation interessierten. Die Konzeption sehe den Beitritt weiterer Kreiskommunen vor.

Das weitere Verfahren sehe vor, wenn es zu einer Beschlussfassung am 27.09.2016 komme, das erforderliche Anzeige- und Genehmigungsverfahren bei der Aufsichtsbehörde einzuleiten. Man habe vorab bereits diesbezügliche Gespräche mit der Bezirksregierung Arnsberg geführt, die keine Bedenken signalisiert habe. Die Genehmigung könnte dann kurzfristig erteilt werden.

Der Beschlussvorschlag sähe unter Punkt 3. die Besetzung des Verwaltungsrates der AöR vor. Das könne in diesem Gremium heute nicht erfolgen. Die Entscheidung darüber werde im Kreistag am 27.09.2016 zu treffen sein.

Herr Enters weist darauf hin, dass dieses Thema im Ausschuss für Natur und Umwelt bereits politisch bewertet worden sei und die positiven Erkenntnisse aus den beiden Kommunen einstimmig beschlossen worden seien. Das mache deutlich, dass man im Kreis Unna auf einem Weg sei, nicht nur das Vermarkten bzw. auch das Verbrennen von Abfällen auf einer gemeinsamen Ebene zu gestalten, sondern auch für das vorangehende Geschäftsfeld, zumindest als Angebot allen Kommunen im Kreis Unna zur Verfügung stelle. Da die AöR längerfristig angelegt sei, sehe die SPD-Fraktion diesen Weg als sehr positiv an.

Herr Bremerich erklärt, dass die CDU-Fraktion die Situation ähnlich sehe, wie Herr Enters es gerade verdeutlicht habe. Es sei ein weiteres Beispiel für die von seiner Fraktion in der jüngsten Vergangenheit mehrfach angesprochene Interkommunale Zusammenarbeit, die für andere Kommunen je nach Vertragssituation offen stehe. Eine 10-prozentige Gebührensenkung für die betroffenen Bürger sei sicherlich ein weiteres durchschlagendes Argument für die AöR. Daher stimme seine Fraktion dieser Vereinbarung zu. Alsdann wird über die verbleibenden drei Punkte des Beschlussvorschlages der DS 094/16 abgestimmt.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Errichtung eines gemeinsamen Kommunalunternehmens in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für die Aufgabe des Sammelns und Transportierens von Abfällen in der Trägerschaft der Gemeinden Bönen und Holzwickede sowie des Kreises Unna wird zugestimmt.
2. Die in der Anlage abgedruckte Satzung für das gemeinsame Kommunalunternehmen „**GWA Kommunal Anstalt öffentlichen Rechts**“ wird beschlossen.
3. Gleichzeitig wird der Landrat beauftragt, alle weiteren zur Gründung des Kommunalunternehmens notwendigen Maßnahmen einschließlich der Beendigung gegebenenfalls bestehender Drittbeauftragungen zu vollziehen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 7 073/16 Aufhebung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung in der Kriegsopferversorge und in der Unterhaltssicherung (USG)

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag vorzuschlagen, den folgenden Beschluss zu fassen:
Der Landrat wird beauftragt, eine Aufhebungsvereinbarung zu der „öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufgabenübertragung in der Kriegsopferversorge und in der Unterhaltssicherung“ vom 01.01.2003 mit der Stadt Lünen und der Stadt Unna abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 8 100/16 Errichtung der "Stiftung Friesendorf"

Erörterung

Herr Dr. Wilk erklärt, dass zu diesem Thema noch Klärungsbedarf seitens der Verwaltung bestehe und dieser Punkt im Ausschuss für Bildung und Kultur von der Tagesordnung abgesetzt worden sei. Daher schlage er vor, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu beraten.

Beschluss

Der Punkt Errichtung der "Stiftung Friesendorf" wird in der heutigen Sitzung nicht beraten.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 9 109/16 Ausarbeitung eines Public Corporate Governance Kodex (PCGK) für die Beteiligungen des Kreises Unna;
Antrag der Linksfraktion vom 11.08.2016**

Erörterung

Herr Sell erläutert den Antrag der Linksfraktion.

Herr Dr. Wilk erklärt, dass seinerseits noch erheblicher Informationsbedarf hinsichtlich dessen, was eigentlich genau gewünscht sei, bestehe. Er weist in diesem Zusammenhang auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt hin, der sich damit beschäftige, inwieweit man die Kreisgesellschaften in diesem Ausschuss berichten lasse. Er habe diesbezüglich bestehende Defizite noch nicht wahrgenommen und auch nicht das Gefühl, in diesem Ausschuss Antworten auf Fragen schuldig geblieben zu sein. Insofern könne er dem Bedarf zunächst einmal nicht folgen. Wenn man sich näher mit diesem Thema befasse, müsse man sich damit beschäftigen, was wirklich gewünscht sei und was ein solcher Kodex bewirken solle. Denn eine Bindungswirkung entfalte er zunächst nicht. Es gebe einen Weg, indem entsprechende Beschlussfassungen in den Gesellschaftsgremien erfolgten, um eine Verbindlichkeit herzustellen. Eine gesetzliche Wirkung gebe es nicht. Es stelle sich auch die Frage, nach Sanktionen bei Verstößen. Ihm sei wichtig, zu einer gemeinsamen Haltung zu gelangen, was man eigentlich wolle. Er könne den Bedarf im Moment noch nicht hinreichend erkennen.

Herr Bremerich erklärt, um über einen solchen Antrag diskutieren zu können, sei ein Gesamtüberblick über den aktuellen Sachstand der in dem Antrag genannten Beteiligten erforderlich. Das beginne für ihn damit, dass die gesetzlichen Grundlagen der Transparenz und Kontrolle sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene feststünden. Er sei darüber im Einzelnen nicht informiert. Er denke, man sollte sich zunächst einen Sachstand über die zurzeit auf Kreisebene bestehende Praxis verschaffen, das heiße, einen Sachstandsbericht seitens der Verwaltung zur Praxis der Zusammenarbeit aller Beteiligten, die dem Antrag zu entnehmen seien; ebenso einen Sachstand aus den verschiedenen Kreisgesellschaften darüber, wie sich die Zusammenarbeit zwischen Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat und Geschäftsführung gestalte. Erst auf dieser Informationsgrundlage könne man über die Notwendigkeit der im Antrag der Linksfraktion geschilderten Forderungen diskutieren und sachgerecht entscheiden.

Herr Klostermann äußert, dass auch die FDP-Fraktion schon häufiger Kritik daran geübt habe, dass Informationen aus den Gremien der Kreisgesellschaften bekannt gewesen seien, die allerdings nicht an die Kreistagsmitglieder bzw. diesen Ausschuss herangetragen worden seien. Darüber habe man diskutiert und sich daraufhin entschlossen, die Vertreter der Kreisgesellschaften zur Berichterstattung in diesen Ausschuss einzuladen. Man habe auch darauf hingewirkt, dass sich die Art der Berichterstattung verändert habe, und nicht nur rückwirkend das Jahr zu betrachten, sondern auch einen Ausblick auf die Planungen des kommenden Jahres zu geben. Die FDP-Fraktion sei mit der Art und Weise der Berichterstattung der Kreisgesellschaften in diesem Ausschuss zufrieden. Seines Erachtens sei ein solcher Antrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich.

Frau Schneider merkt an, dass sie mit Blick auf das Thema „Wirkungsorientierte Steuerung“ (WOS) zurzeit nicht die Kapazität sehe, sich zeitgleich noch mit Thema „Public Corporate Governance Kodex“ zu beschäftigen. Man sollte erst die Aufgaben zu Ende führen, die man sich vorgenommen habe, und dann nach gründlicher Prüfung darüber nachdenken, wie man mit solch einem Kodex umgehe.

Frau Cziehso schließt sich dem Vorschlag von Herrn Bremerich an, obwohl sie in weiten Teilen auch die Meinung der Verwaltung vertrete.

Herr Sell erklärt, dass er kein Problem damit habe, wenn heute nicht über den Antrag der Linksfraktion abgestimmt und er in den Kreisausschuss und Kreistag geschoben werde. Er bietet der Verwaltung seine Gesprächsbereitschaft, um danach gegebenenfalls den Antrag zu konkretisieren. Den Antrag wolle er jedoch aufrechterhalten.

Frau Heinrichsen fasst zusammen, dass heute nicht über den Antrag der Linksfraktion abgestimmt werde und zunächst der aktuelle Sachstand bezüglich der Kreisgesellschaften seitens der Verwaltung geprüft werde.

Herr Dr. Wilk greift den umfangreichen Vorschlag von Herrn Sell auf schlägt vor, den Antrag der Linksfraktion nicht mehr als formellen Antrag zu betrachten und heute von der Tagesordnung absetzen. Es werde ein Gespräch unter Einbeziehung des Gesichtspunktes der Wirkungsorientierten Steuerung stattfinden und danach könne die Linksfraktion entscheiden, wo ihrerseits am Ende noch Bedarf für einen solchen Kodex bestehe.

Herr Sell erklärt, dass er heute den Antrag der Linksfraktion nicht zurückziehe. Es sei möglich, den Antrag nach dem Gespräch mit der Verwaltung dann in den übernächsten Kreisausschuss und Kreistag einzubringen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, heute nicht über den Antrag abzustimmen und ihn zur Entscheidung in den Kreisausschuss/Kreistag zu schieben.

Punkt 10 **Berichterstattung durch die Geschäftsführer der wesentlichen Beteiligungen des Kreises Unna im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Vergaben; Festlegung von Terminen, Abläufen und Inhalten; mündlicher Bericht**

Erörterung

Herr Dr. Wilk erklärt, dass es aufgrund der umfangreichen Berichterstattungen durch die Vertreter der Kreisgesellschaften ausgeschlossen sei, dass das in einer Sitzung erfolge. Er schlägt vor, die Berichterstattungen auf zwei Sitzungen zu verteilen und stellt dazu zwei Möglichkeiten vor. Entweder nutze man für die Berichterstattungen die beiden nächsten Sitzungen oder die ersten beiden Sitzungen im neuen Jahr. Um auf aktuelle Wirtschaftsplananden zurückgreifen zu können, seien die beiden ersten Sitzungen im neuen Jahr sinnvoll. Eine weitere Möglichkeit bestehe darin, eine Sondersitzung zu diesem Thema einzuberufen. Vorteil bei einer Berichterstattung im nächsten Jahr wäre, dass ein WOS-Zusammenhang hergestellt werden und die Gesellschaften dann auch ausführlicher die Aufgaben darstellen könnten. Wenn man zu bestimmten Verabredungen komme, die innerhalb von WOS zu sehen seien, und im ersten Halbjahr 2017 die Strategiekommision tage, um zu überlegen, wie man mit WOS in der Fortschreibung umgehe, sei es sinnvoll, die Berichterstatt-

ungen für das neue Jahr zu planen und eine Sondersitzung rund um eine reguläre Sitzung zu planen. Die Berichterstattungen könnten auch eine Vorbereitung für die Strategiekommission sein, wenn die Gesellschaften beispielsweise darüber berichten, welche Bezüge sie mit ihren Aufgaben zur Wirkungsorientierten Steuerung zu bestimmten Handlungsfeldern haben.

Nach kurzer Diskussion verständigt sich der Ausschuss auf eine Sondersitzung sowie eine reguläre Sitzung im nächsten Jahr mit jeweils zwei Berichterstattungen der Kreisgesellschaften.

Punkt 11 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Verkauf der Bilfinger SE an EQT

Herr Dr. Wilk teilt mit, dass er im Ältestenrat und im Kreisausschuss im Juni darüber informiert habe, dass die Bilfinger SE am 02. Juni 2016 ihr Bau- und Dienstleistungsgeschäft an den schwedischen Investor EQT verkauft habe und er über die Auswirkungen für den Kreis Unna weiter berichten werde. Formale Auswirkungen für den Kreis Unna könnten sich aus der Beteiligung an der Projekt- und Betriebsgesellschaft Kreishaus Unna mbH (PBKU) ergeben, an der der Kreis Unna zu zehn Prozent und Bilfinger zu 90 Prozent beteiligt sei. Der im Juni erfolgte Verkauf sei formal abgeschlossen. Die Firma EQT genieße in der Branche einen guten Ruf. Man habe sich bei der Geschäftsführung der PBKU über eventuelle Auswirkungen ihrerseits informiert. Ebenfalls habe man dazu Auskünfte bei einer Anwaltskanzlei eingeholt. Es sehe so aus, dass der Verkauf insgesamt bei den Vertragspartnern zu keinen Änderungen auf der operativen Ebene führe. Nach den Aussagen der rechtlichen Stellungnahme komme es für den Kreis nach seiner Einschätzung zu keinerlei Auswirkungen auf das operative Geschäft.

Anlagen

Präsentation zur künftigen Finanzierung der VKU

gez. Ingelore Klemp
Schriftführerin

ges. Sandra Heinrichsen
Vorsitzende